

Antrag der AfD-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	02.11.2020	Entscheidung

Betreff

**Änderungsantrag zu DS 20-1151:
Für ein faires und demokratisches Miteinander**

Inhalt

Es wird beantragt, DS 20-1151 wie folgt zu ändern:

Für ein faires und demokratisches Miteinander: Wir alle sind Duisburg!

Duisburg ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zuhause.

Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind die Grundwerte, die unser städtisches Zusammenleben tragen. Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft gehört zur Geschichte unserer Stadt und wird ihre Zukunft sein. Wir setzen uns entschlossen für Menschenwürde, kulturelle Vielfalt und Freiheit ein – Grundrechte, die durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschützt sind. Wenn wir auch morgen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft leben wollen, müssen wir heute alle Angriffe abwehren, die diese Gesellschaft abschaffen wollen.

Wir akzeptieren die Ergebnisse allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahlen.

Wir wenden uns gegen Ausgrenzung und das Mundtotmachen abweichender Meinungen.

Wir sprechen mit allen Duisburger Bürgern, genauso wie mit allen gewählten kommunalen Mandatsträgern, auf Augenhöhe.

Wir unterstellen Niemandem anlasslos und pauschal negative Eigenschaften. Wir unterstellen insbesondere auch keinem Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Ausschussvorsitzenden, dass von diesem zugelassen wird, dass die demokratischen Spielregeln missbraucht werden.

Wir wollen ein Duisburg, das Perspektiven für alle die Menschen bietet, die auf dem Boden des Grundgesetzes hier leben und die sich an Recht und Gesetz halten. Duisburg war immer dann am besten, wenn wir gemeinsam angepackt haben. Darum wollen wir ein Duisburg, das gemeinsam nach Lösungen sucht, anstatt Probleme dazu zu benutzen, auf dem Rücken von Minderheiten eine menschenverachtende Ideologie wieder salonfähig zu machen.

Wir fordern den Oberbürgermeister und die Verwaltung deshalb auf, allen totalitären Tendenzen entgegenzutreten und insbesondere keine Ausgrenzung, Herabwürdigung oder Ungleichbehandlung in den Gremien der Stadt Duisburg zuzulassen.